



Vorlage Nr. 25-O-01-0002

Tagesordnungspunkt 3

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Mitte am 15. Mai 2025

Faire und umweltfreundliche Wahlplakatierung in Wiesbaden (ULW)

Antrag der ULW-Fraktion:

Der Ortsbeirat Mitte fordert den Magistrat auf, für zukünftige Wahlkämpfe - insbesondere zur Kommunalwahl, Bundestagswahl sowie zur Oberbürgermeisterwahl - eine neue Plakatierungsverordnung zu erlassen. Diese soll die wildwuchernde Plakatierung in der Stadt beenden und stattdessen zentrale, klar definierte Flächen an ausgewählten Standorten vorsehen, auf denen alle Parteien gleichberechtigt ihre Wahlprogramme und Kandidierenden präsentieren können. Dies dient dem Umwelt- und Klimaschutz, reduziert Kosten und schafft echte Chancengleichheit. Der Fokus des Wahlkampfes soll auf inhaltlicher Qualität und demokratischer Information liegen - nicht auf Masse, Gesichtern oder finanziellen Möglichkeiten. Wiesbaden kann und sollte hier ein zukunftsweisendes Vorbild setzen.

Begründung:

Für die Wahlwerbung 2025 in Wiesbaden wurden tausende Wahlplakate aufgehängt. Daraus ergibt sich eine erhebliche CO₂-Belastung. Für das Anbringen, Entfernen und die Logistik fielen erhebliche Fahrstrecken an. Diese enorme Umweltbelastung steht in krassem Widerspruch zu den Klimazielen der Stadt und dem Anspruch an moderne, nachhaltige Verwaltung. Hohe Geldbeträge für den Plakatwahlkampf (inkl. Druck, Logistik, Personal und Genehmigungen), das in vielen Fällen nicht die Information, sondern lediglich die Präsenz und mediale Aufmerksamkeit einzelner Kandidierender sichern sollte. Zahlreiche Städte in Bayern - darunter Regensburg, München, Erlangen und Augsburg - haben bereits reagiert und Plakatierungsverordnungen erlassen, die nur noch ausgewiesene Flächen an zentralen Punkten für Wahlwerbung erlauben. Dies führt nachweislich zu mehr Übersichtlichkeit, weniger Umweltbelastung und einem faireren Wettbewerb der Inhalte statt der finanziellen Mittel. Die Stadt Wiesbaden sollte diesem Beispiel folgen und ein klares Zeichen für ökologische Verantwortung, moderne Kommunikation und faire demokratische Wettbewerbsbedingungen setzen.

Beschluss Nr. 0054

Der Antrag der ULW-Fraktion wird abgelehnt.

+

+

Verteiler:

100200 z. d. A.

Dr. Haas
Ortsvorsteher